

Antrag Ini-01
UB Bochum

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für Politische Bildung

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Rah-
2 men der Haushaltsplanberatungen im September 2023
3 die von der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen
4 im Haushalt des Bundesinnenministeriums für die Bun-
5 deszentrale für Politische Bildung in Höhe von 20 Millio-
6 nen Euro zurückzunehmen.

7

8 **Begründung**

9

10 Die Bundeszentrale für Politische Bildung soll das politi-
11 sche und demokratische Bewusstsein der Bevölkerung
12 fördern und festigen. Dazu führt sie u.a. eigene Ver-
13 anstaltungen durch, betreibt den Wahl-O-Mat, veröf-
14 fentlicht die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschehen“.
15 Und nicht zuletzt unterstützt sie auch die verschiedenen
16 Angebote und Formate gemeinnütziger Organisationen
17 und Träger der politischen Bildung im Bereich der Demo-
18 kratieförderung.

19

20 In Zeiten, in denen das demokratische Fundament unse-
21 rer Gesellschaft stärker als jemals zuvor im Nachkriegs-
22 deutschland bedroht ist, rechtsnationale und rechts-
23 extreme Positionen an unreflektierter Zustimmung ge-
24 winnen, sich immer mehr Menschen von der demokrati-
25 schen Teilhabe verabschieden, und Antisemitismus, Ras-
26 sismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und
27 Verachtung der demokratischen Werte zunehmen, ist
28 diese Kürzung nicht nur unverständlich, sondern gera-
29 dezu aberwitzig.

30

31 Die vorgesehene Kürzung bedeutet eine rund 20%ige
32 Reduzierung des bisherigen Haushalts der Bundeszen-
33 trale und steht im absoluten Widerspruch zum Koaliti-
34 onsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Dort heißt es wört-
35 lich „*Wir wollen die politische Bildung und die Demokra-
36 tiebildung entlang der Bildungskette stärken, die Projekt-
37 mittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen
38 und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten.*“

39

40 Zwischenzeitlich haben sich viele Organisationen gegen
41 eine Kürzung bei der Bundeszentrale für Politische Bil-
42 dung ausgesprochen. Vor allem der Bundesausschuss
43 Politische Bildung (bap), als Dachverband der Einrich-
44 tungen der politischen Bildung, befürchtet, dass viele
45 gemeinnützige Anbieter durch die Mittelkürzung ihre
46 Unterstützung verlieren und ihre Arbeit im Bereich der
47 Demokratieförderung massiv einschränken oder sogar

48 komplett streichen müssen. Wie immer die Kürzungen
49 auch intern verteilt werden (sollen), die Träger der poli-
50 tischen Bildung, und damit die Angebote der Demokra-
51 tiearbeit, werden in besonderem Maße betroffen sein.
52 Hier ist mit Mittelkürzungen von ca. 25% zu rechnen.

53

54 Besonders zu betonen ist, dass die Mittelkürzungen
55 nicht nur die politische Erwachsenenbildung, sondern
56 auch die politische Jugendbildung betreffen. Neben der
57 Bundeszentrale und ihren Angeboten ist der Kinder- und
58 Jugendplan (KJP) betroffen. Damit ist eine „negative“
59 Nachhaltigkeit der Mittelkürzungen vorprogrammiert.

60

61 Die vorgesehenen Mittelkürzung für das Jahr 2024
62 treffen damit ein Jahr, in dem Landtagswahlen in
63 Brandenburg, Sachsen und Thüringen, Kommunalwah-
64 len in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland,
65 Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-
66 Vorpommern und Thüringen, und vor allem die Wahlen
67 zum Europäischen Parlament stattfinden. Obwohl Mit-
68 telkürzungen bei der politischen Bildung immer kritisch
69 zu reflektieren und zu hinterfragen sind, kommen sie
70 jetzt zur Unzeit.

71

72 Der bap hat mit seiner Kritik völlig recht, dass wir eigent-
73 lich mehr und auf keinen Fall weniger Geld für die politi-
74 sche Bildung brauchen. Wörtlich sagt er *„Ein demokrati-
75 sches Land braucht eine starke demokratische Zivilgesell-
76 schaft. Und die braucht Räume zum Lernen und Wach-
77 sen. Das schaffen die Träger der politischen Bildung. Sie
78 zu beschneiden ist die falsche Antwort auf die aktuellen
79 politischen Herausforderungen.“*